

Bavar.

334

Bar. ~~eccl~~ 334.

m

Boica

R.

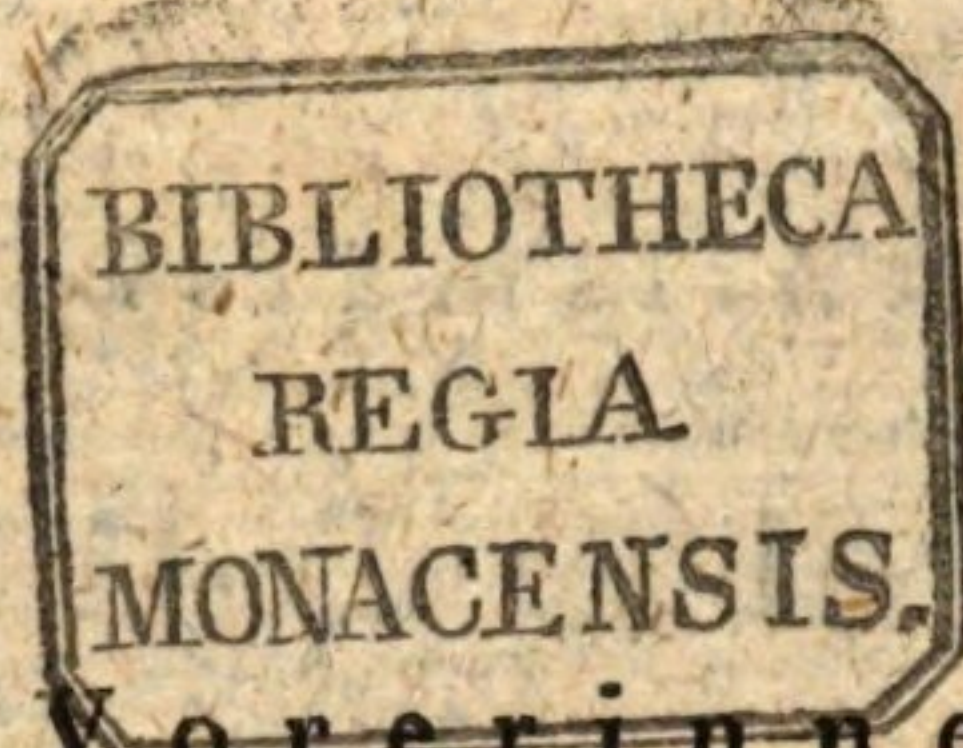
Ueber die
unverhältnißmäßige
B e s t e u e r u n g
der
katholischen Geistlichkeit
im
Königreiche Baiern.

Von
einem Landpfarrer.

- - - laus maxima justitiae
Imperii est, civi vera licere loqui.

Wahrheit, mit Bescheidenheit gesagt,
verdient keine Rüge.

M ü n c h e n,
bei Ign. Jos. Lentner, Buchhändler.



Vor e r i n n e r u n g.

Diese kleine Schrift enthält die Vorstellung, welche dem königlich - baierischen General - Commissariate, und der königlich - baierischen Finanz - Direction des Altmühl - Kreises von der Geistlichkeit des königlich - baierischen Landgerichts Neuburg übergeben worden ist. Da man glaubt, daß die Wirkung derselben durch die Publicität verstärkt werden könnte, so wird sie dem Drucke übergeben. Nur sind die Kurialien weggelassen, und dafür einige Zusätze eingeschaltet worden.

Die katholische Geistlichkeit seufzt unter einem zweyfachen Drucke, unter dem Drucke des zu hohen Steuerprovisoriums, und unter dem Drucke der, nach dem hohen Steuerprovisorium bewährten, ausserordentlichen Steuern und Anlagen.

I.

Durch eine allerhöchste königliche Verordnung vom 14. Jänner 1808 *) wurde allergnädigst befohlen, daß die Pfarrer und Beneficiaten eine genaue Fassion aller Seelen, und zwar **) ohne allen Abzug der Kosten anfertigen, und nach dieser Fassion das momentane Steuer-

*) Regierungsblatt 1808. St. VI.

**) Ebend. Beylage II. n. 13.

provisorium für das Etatsjahr 1807⁷/₈ bezahlen sollen. Dagegen wurde die allergnädigste Zusicherung gegeben *), daß die geeignete Rücksicht auf die Congrua eintreten werde.

In vollem Vertrauen auf diese allergnädigste Zusicherung verfaßten wir die Fassion, und zwar ohne allen Abzug der Kosten, welche mit der Landökonomie und der Perception anderer Renten unzertrennlich verbunden sind. Allein wie groß war unsere Bestürzung, als man ein halbes Prozent aller zur Kapitalanschlage erhobenen Renten, das ist, den zehnten Theil des ganzen rohen Ertrages, als momentanes Steuerprovisorium von uns forderte, ohne von der Congrua eine Meldung zu machen; und wir also wenigstens noch einmal so viel als ehemals zahlen mußten.

So hoch und drückend aber auch dieses momentane Steuerprovisorium war,

*) Regierungsblatt 1808. St. VIII. S. 486. §. 5.

zahlten wir es doch für das Etatsjahr 180 $\frac{7}{8}$ ohne Widerrede, theils weil wir glaubten, dasselbe werde wirklich nur momentan, nur für dieses Etatsjahr berechnet seyn; theils weil wir zuversichtlich hofften, es werde, nach der allergnädigsten Zusicherung, in der Folge Rücksicht auf die Congrua genommen, das ist, eine bestimmte Summe der Einkünfte als Standesgehalt ausgesprochen, dieselbe, als Besoldung, steuerfrey gelassen, und nur der Ueberschuß besteuert werden. Allein nun erstreckt sich gegen alle Erwartung das momentane Steuerprovisorium auch auf das Etatsjahr 180 $\frac{8}{9}$, und wird sich wohl noch weiter erstrecken; es geschieht noch immer keine Meldung von der zugesicherten Rücksicht auf die Congrua, und wir müssen wiederum von dem ganzen rohen Einkommen, also auch von den Perceptionskosten, die Steuer geben.

Es ist zwar der Geistlichkeit überhaupt dadurch einige Erleichterung verschafft worden, daß die Decimation von dem Functionsgehalte, das ist, von den

Stolgebühren, Meßstipendien und Jahrtagen nachgelassen worden ist. Allein diese Erleichterung empfinden nur jene, welche viele Seelen, viele Jahrtage und beträchtliche Stolgebühren haben. Für kleinere Pfarreien hingegen, deren jährliche Decimation vom Functionsgehalte nur wenige Gulden beträgt, ist die Erleichterung kaum merkbar, und verringert die schwere Last des momentanen Steuerprovisoriums nicht.

II.

Ist das momentane Steuerprovisorium schon an sich so drückend: so wird es noch drückender dadurch, daß dasselbe als Maafstab angenommen wird, nach welchem alle außerordentliche Steuern und Anlagen für die Geistlichkeit berechnet, und von derselben gefordert werden. Und dieses ist der zweyte Druck, unter welchem wir seufzen.

Das momentane Steuerprovisorium ist, wie die ehemalige Decimation, für die Geistlichkeit das, was für die Unterthanen drey ganze Landsteuern sind. Gleichwie

nun die Unterthanen bey außerordentlichen Steuern und Umlagen nicht nach der Totalsumme von drey Landsteuern, sondern nur nach einer einfachen Landsteuer angelegt werden: so ward ehemals auch bey der Geistlichkeit nicht die ganze Decimation, sondern nur ein Drittheil derselben, als Typus für die außerordentlichen Steuern und Umlagen angenommen. Und so soll auch itzt noch, nach aller Billigkeit, nicht das ganze momentane Steuerprovisorium, sondern nur der dritte Theil desselben zum Maafsstabe der außerordentlichen Steuern und Umlagen für die Geistlichkeit dienen, um so mehr, da das momentane Steuerprovisorium die ehemalige Decimation, an deren Stelle sie getreten ist, ohnehin schon um mehr als die Hälfte übersteigt. Aber so billig wurden wir nicht behandelt; sondern mußten alle außerordentliche Steuern und Anlagen nach dem ganzen momentanen Steuerprovisorium, das ist, nicht nur einfach, wie die Unterthanen, sondern dreyfach bezahlen. — Wir erkennen allerdings die Richtigkeit des Grundsatzes an, dafs, wer

den Schutz und die Vorthelle des Staats genießt, auch die Bürden des Staats verhältnißmäßig mittragen müsse; und wir trösteten uns dadurch über den Verlust der Steuerfreyheit, der Umgelde- und Taxbefreyung, und anderer Vorthelle, welche unsere Vorfahren genossen haben. Aber das glauben wir auch mit Recht erwarten zu dürfen, daß die Staatslasten verhältnißmäßig vertheilt, und der Geistlichkeit nicht mehrere, und schwerere Bürden aufgetragen werden, als andere Staatsdiener zu tragen haben. Und doch ist die katholische Geistlichkeit mehr als die öffentlichen Beamten, als die nichtkatholische Geistlichkeit, und als die Unterthanen beschweret.

A.

In dem königlichen Edicte über die äußern Verhältnisse der Einwohner des Königreichs Baiern *) werden die Geistlichen als Staatsdiener mit folgenden Worten erklärt: Die zur Feyer des Got-

*) Regierungsblatt 1809. St. XXXX. §. 34.

tesdienstes und zum Religionsunterricht bestellte Personen genießen die Vorzüge und Achtung öffentlicher Beamten. Nun sind aber die katholischen Geistlichen, ganz gegen den klaren buchstäblichen Sinn dieser königlichen Verordnung, weit mehr als andere öffentliche Beamte belastet.

Denn die Besoldung anderer öffentlichen Beamten ist steuerfrey, und sie haben, die Familiensteuer und das Landanlehen ausgenommen, nichts zu bezahlen. Aber die Besoldung der Geistlichen ist nicht steuerfrey: diese müssen von ihrem Standesgehalte nicht nur die Familiensteuer und das Landanlehen, wie andere öffentliche Beamte, sondern auch noch das momentane Steuerprovisorium, und nach diesem hohen Provisorium alle außerordentliche Steuern, Umlagen und Lieferungen zahlen, von den Quartierlasten nichts zu melden, welche andere öffentliche Beamte ebenfalls nicht zu tragen haben, und die doch gewiß eben so lästig als kostspielig sind. Ja, es ist unläugbar, daß die Geist-

lichen eine wahre Besoldungssteuer zahlen. Oder was sind denn die Pfarreinkünfte anders, als die Besoldung des Pfarrers? Eine Besoldung, ein anständiger Gehalt gebührt den Geistlichen, als Religions- und Staatsdienern, nach göttlichen und menschlichen Rechten so gut als andern öffentlichen Beamten. Was für eine Besoldung hat denn nun aber ein Pfarrer, dessen Einkommen ganz oder doch größtentheils aus Widdum, Zehend und Gilten fließt, wenn es nicht eben dieses Einkommen ist? Denn der Grund gehört dem Pfarrer nicht eigen zu, er ist nur Nutznießer der Früchte davon. Der Unterschied zwischen dem Standesgehalte der Geistlichen und anderer öffentlichen Beamten besteht nur darin, daß die letztern ihren Standesgehalt in baarem Gelde, die erstern aber in Naturalbezügen erhalten, welche noch den Nachtheil mit sich führen, daß sie mit beträchtlichen Kosten verbunden sind, welches bey dem baaren Gelde der Fall nicht ist. So lange also nicht eine gewisse Summe, z. B. 600 fl., wie bey den neuorganisirten Pfarreyen, als Standesgehalt ausge-

sprochen, diese Summe steuerfrey gelassen, und nur der Ueberschufs besteuert wird, so lange bleibt es unwidersprechlich wahr, daß die Geistlichen eine Besoldungssteuer zahlen, welches von andern öffentlichen Beamten nicht gefordert wird.

Ferner hatten andere öffentliche Beamte, deren Jahrgehalt die Summe von 1000 fl. nicht übersteigt, zum gezwungenen Landanlehen nichts beyzutragen. *) Die Geistlichen hingegen mußten von ihrem Jahrgehälte, wenn es auch weit unter 1000 fl. war, zum Landanlehen zahlen. Auch bey der Familiensteuer sind die Geistlichen höher als andere öffentliche Beamte angelegt. Denn diese zahlen z. B. von 601 bis 1000 fl. Besoldung nur 2 fl. Jene hingegen müssen von ihrer rohen Einnahme zwischen 601 und 1000 fl. an Familiensteuer 5 fl. zahlen. **)

Die Geistlichen geniefsen also die ihnen feyerlich zugesicherten Vorzüge der

*) Regierungsblatt 1809. St. LI. §. 6.

**) Regierungsblatt 1808. St. LXX. §. 2. 11.

öffentlichen Beamten nicht, obschon ihre Dienste für den Staat wenigstens eben so wichtig und erspriesslich als die Dienste anderer öffentlichen Beamten sind.

B.

Die katholische Geistlichkeit ist auch schlimmer daran, als die nichtkatholische Geistlichkeit.

Der katholischen Geistlichkeit ward es nicht erlaubt, bey ihrer Fassion die Perceptionskosten abzuziehen; sondern sie mußte den ganzen rohen Betrag der Einkünfte ansetzen, und von diesem ganzen rohen Betrage bisher sowohl das momentane Steuerprovisorium als andere außerordentliche Steuern und Anlagen zahlen. *)

Der nichtkatholischen Geistlichkeit hingegen ward es nicht nur erlaubt, sondern sogar vorgeschrieben, die Perceptionskosten von ihren Renten abzuziehen, auch andere Lasten in Anschlag zu bringen, und so

*) Regierungsblatt 1808. St. VI. Beilage II. n. 13.

nur den reinen Ertrag herzustellen, welcher den Maafsstab ihrer Besteuerung abgeben soll. *)

C.

Was aber der katholischen Geistlichkeit am schwersten fallen muß, ist der Umstand, daß sie nicht einmal den Unterthanen gleich gehalten, sondern weit höher als diese angelegt ist.

Denn die Unterthanen, welche eigene Häuser, Gärten, Felder und Wiesen haben, zahlen die Steuern nur von dem reinen Ertrage ihrer Güter. Die Geistlichen hingegen, welche kein eigenes Haus, keine eigene Gärten, Felder und Wiesen haben, sondern nur Nutznießer davon sind, werden nach dem ganzen rohen Ertrage besteuert.

Bey den Unterthanen werden die ausserordentlichen Steuern und Anlagen nach einer einfachen Landsteuer berechnet;

*) Regierungsblatt 1810. St. IX. §§. 2. 17. 19. 23.

bey den Geistlichen aber nach dem ganzen Steuerprovisorium, das ist, nach einer dreyfachen Steuer, weil das Steuerprovisorium der Geistlichkeit die Stelle einer dreyfachen Landsteuer vertritt.

Die Unterthanen zahlten zu dem gezwungenen Landanlehen wiederum nur nach einer einfachen Steuer, da die Geistlichen nach dem ganzen Steuerprovisorium, also dreyfach dazu zahlen mußten.

Ein einziges Beyspiel, wovon der Beweis in den Steuerbüchern des königlichen Rentamts zu Neuburg an der Donau liegt, wird hinreichen, das Mißverhältniß zwischen den Zahlungen der Geistlichkeit und der Unterthanen so klar zu machen, daß es einem jeden von selbst in die Augen springen muß. Der Pfarrer zu O . . . giebt 88 fl. 38 kr. momentanes Steuerprovisorium, und die ganze Dorfgemeinde zu O . . ., welche aus 4 ganzen Höfen, 2 halben Höfen und 11 Sölden besteht, giebt 87 fl. 42 kr. zu einer einfachen Steuer.

Nun zahlte der Pfarrer nach dem ganzen Provisorium, und seine ganze Dorfgemeinde nach einem Steuersimplum im Jahre 1809 die auſserordentlichen Steuern und Anlagen, wie folgt.

Der Pfarrer.

			fl.	kr.	pf.
$\frac{1}{4}$	Kriegsconcurrentz	- -	22	9	4
$\frac{1}{8}$	Schanzsteuer	- -	11	4	6
$\frac{1}{4}$	Lagersteuer	- -	22	9	4
$\frac{1}{8}$	weitere Schanzsteuer	-	11	4	6
$\frac{1}{4}$	Schuldentilgungs - Steuer		22	9	4
Summe			88	fl. 38	kr.
Landanlehen			- -	100	—

Die ganze Dorfgemeinde.

			fl.	kr.	pf.
$\frac{1}{4}$	Kriegsconcurrentz	- -	21	55	4
$\frac{1}{8}$	Schanzsteuer	- -	10	57	6
$\frac{1}{4}$	Lagersteuer	- -	21	55	4
$\frac{1}{8}$	weitere Schanzsteuer	-	10	57	6
$\frac{1}{4}$	Schuldentilgungs - Steuer		21	55	4
Summe			87	fl. 42	kr.
Landanlehen			- -	100	—

Der Pfarrer zu O . . . zahlte also an außerordentlichen Steuern mehr, und zum Landanlehen gerade so viel als seine ganze Dorfgemeinde. Ist da die Ungleichheit in Vertheilung der Staatsbürden zwischen Unterthanen und Geistlichen nicht recht auffallend? Aehnliche, und vielleicht noch auffallendere Beyspiele giebt es aller Orten. Die Ungleichheit zwischen den Gränzen der Geistlichkeit und jenem des Bauernstandes, zu außerordentlichen Anlagen, ist also nicht bloß scheinbar, sondern sehr real, wie es der Augenschein zeigt. Auch liegt diese Ungleichheit nicht eigentlich darin, daß die Geistlichkeit pro ordinario viel geringer besteuert ist; sondern nur allein darin, daß dieselbe bey außerordentlichen Steuern dreyfach, und der Bauernstand nur einfach angelegt wird. Denn daß das Ordinarium oder Provisorium der Geistlichkeit hoch genug sey, erhellet aus dem Beyspiele des Pfarrers zu O . . . , dessen Ordinarium mehr als ein Drittheil von dem Ordinario seiner ganzen Dorfgemeinde, oder von drey Landsteuern ausmacht.

Selbst

Selbst in der Besteuerung unter der katholischen Geistlichkeit herrscht eine auffallende Ungleichheit und Willkühr. Die neuorganisirten Pfarrer zahlen von ihrer ausgesprochenen Geld - Besoldung keine Steuer, und nur die ihnen zugewiesenen Gründe sind in die Steuer gelegt; weil die ausgesprochene Geld - Besoldung die den Geistlichen, als Religions- und Staatsdiener, gebührende Congrua oder den Standesgehalt ausmacht. Auch die sogenannten Competenzpfarrer dürfen, aus dem nämlichen Grunde, von ihrer Competenz keine Steuer zahlen, sondern nur von ihren übrigen Renten. Andere Pfarrer hingegen, die ihr ganzes, oder doch größtes Einkommen vom Widdum, Zehend und von den Gilten haben, müssen von dem ganzen rohen Ertrage das Provisorium, und nach diesem Provisorium alle außerordentlichen Steuern und Anlagen zahlen. So zahlt z. B. der Pfarrer A., welcher eine Competenz von 800 fl. hat, keine Steuer. Der Pfarrer B. hingegen, dessen rohes Einkommen aus Widdum, Zehend und Gilten ebenfalls 800 fl. beträgt, muß 80 fl. Provisorium,

und nach diesem Provisorium alle außerordentlichen Steuern und Anlagen entrichten. Ist dieses nicht auffallend? Wer kann da Billigkeit in Vertheilung der Staatsbürden sehen? Ist denn der Pfarrer B. nicht eben so wohl Religions- und Staatsdiener als der Pfarrer A.? Gebührt ihm nicht ebenfalls ein steuerfreier Standesgehalt? Wie weit schlimmer ist daher gegen den Pfarrer A., der keine Perceptions- und Baukosten hat, und seine ganze Competenz steuerfrei genießt, der Pfarrer B. daran, welcher von seinem rohen Ertrage zu 800 fl. die Perceptionskosten zahlen, die Gebäude unterhalten, 80 fl. Provisorium geben, und wenigstens eben so viel an außerordentlichen Steuern, Anlagen und Lieferungen entrichten muß? Wie viel mag wohl diesem Religions- und Staatsdiener, nach Abzug der Perceptionskosten, des Provisoriums, der Familiensteuer, der Kordonsanlage, der Landanlehen, der außerordentlichen Steuern und Lieferungen, für die Unterhaltung der Gebäude, für seinen und seiner Dienstboten Unterhalt noch übrig bleiben? Nicht einmal so viel, als

jeder Kanzleydiener Jahr - Besoldung hat. Kümmerlich muß also der Pfarrer B., kümmerlich müssen alle Pfarrer, welche unter dem B. begriffen sind, leben.

Wie kann nun ein solcher Pfarrer, unter diesen Umständen, noch andern Forderungen, welche an ihn gemacht werden, Genüge leisten? Der Pfarrer soll mit dem Geiste der Kultur in den Wissenschaften fortschreiten, und sich also Bücher anschaffen, soll bey den Sammlungen für verwundete Vertheidiger des Vaterlandes und für verunglückte Gemeinden den Pfarrkindern ein Beyspiel der Mildthätigkeit geben, soll den Schulunterricht befördern, und für arme Kinder das Schulgeld, Bücher und auch Kleidungsstücke herschaffen; soll die Armen und Kranken seiner Gemeinde mit Speisen und andern Gaben unterstützen u. dgl. m. Allein woher soll er, bey dem schweren Drucke der Abgaben, die Mittel dazu nehmen, da ihm kaum so viel übrig bleibt, um mit seinen Dienstboten nothdürftig zu leben, und die nöthigsten Reparaturen am Pfarrhause und an den Oeko-

nomie-Gebäuden zu bestreiten? *) Und was soll der Pfarrer anfangen, wenn Alter oder Krankheit ihm einen Hüfspriester nöthig machen? Wenn Mißwachs, Hagel, oder andere Unglücksfälle seine Einkünfte schmälern? Geld aufborgen wäre wohl das einzige Rettungsmittel, zu welchem itzt schon viele Pfarrer ihre Zuflucht nehmen mußten. Allein wer wird in Zukunft, wenn die traurige Lage der Geistlichkeit sich nicht ändert, einem Pfarrer sein Geld anvertrauen wollen, da er von demselben kein reelles Unterpfand zu seiner Sicherheit erhalten, und kaum das jährliche Interesse, viel weniger die Zurückzahlung des Kapitals mit einiger Zuverlässigkeit erwarten kann, besonders da schon mehrere Pfarrer, zum Schaden ihrer Gläubiger, gantmäßig gestorben sind?

Diese Betrachtungen scheinen allerdings wichtig genug zu seyn, um eine jede, nicht

*) Zum Unglücke giebt es auf dem Lande keine Rumfordische Suppenanstalten, welche den Pfarrern bald nöthig seyn dürften.

nur gerechte, sondern auch humane und liberale Regierung zu bewegen, die katholische Geistlichkeit von dem zweyfachen Drucke zu befreyen, und erstens derselben zu erlauben, entweder die Perceptionskosten, oder wenigstens den dritten Theil des gegenwärtigen zu hohen Provisoriums abzuziehen; zweytens zu verfügen, daß die Geistlichkeit bey außerordentlichen Steuern und Umlagen nicht mehr, wie bisher, nach dem ganzen Provisorium, das ist dreyfach; sondern nur nach dem dritten Theile desselben, das ist einfach, wie die übrigen Unterthanen, angelegt werde.

Man hat bey Aufhebung der Klöster dem weltlichen Klerus Hoffnung zu seinem alten Glanze gemacht. *) Allein, anstatt freudig diesem schönen Glanze entgegen zu blicken, muß der Klerus vielmehr wehmüthig, wenn der gegenwärtige Druck nicht aufhört, einer düstern Zukunft und seinem gänzlichen Ruin entgensehen.

*) Regierungsblatt 1802 den 11. März.

Den Schluss mag eine passende Stelle aus der kleinen aber gehaltreichen Schrift des k. b. Kreis - Kirchen - und Schulrathes Stephani machen. *)

„Unter die im Dienste des Staats stehenden Personen sind auch diejenigen zu zählen, welche demselben zwar ihre Kräfte widmen, aber nicht aus der Staatskasse selbst, sondern von Stiftungen entweder ganz oder größtentheils ihren Sold erhalten. Das ist so klar, daß es für unsere Zeiten eine Schande seyn würde, wenn man es erst beweisen müßte, daß, wer an der moralisch - religiösen Pflege einer Nation, oder an der würdigen Bildung der Nationaljugend arbeitet, dem Staate so gut dient, wie derjenige, welcher ihm seine Abgaben erheben hilft, für Straßen- und Wasserbau sorgt, oder das Recht in seinem Namen verwaltet.“

„Und doch ist dieß die Klasse von Staatsdienern, welche in unsern Tagen

*) „Dürfen die Stiftungen besteuert werden?“ Seite 23. und 24.

„auf eine doppelte Weise unter dem Drucke
„irriger Finanzgrundsätze seufzt. Zu den
„indirecten Auflagen, welche die Geistli-
„chen mit den übrigen Staatsdienern zu
„tragen haben, und wodurch ihre Besol-
„dung bereits verringert wurde, ohne, wie
„in andern Staaten, z. B. dem preussischen,
„dafür eine Entschädigung zu erhalten, ist
„nun auch die Grundgüter-Steuer gekom-
„men. Wenn auch einige bisher eine zu
„große Besoldung hatten, so hätte man
„diese bey künftigen Erledigungsfällen in
„etwas verringern, und dieß den vielen
„dürftigen Pfarreien zulegen können. Es
„ist mithin kein einziger Grund vorhan-
„den, eine allgemeine Besteuerung der
„Geistlichkeit vorzunehmen. Laut und all-
„gemein ist das Wehklagen dieser Staats-
„diener hierüber. Dieß gründet sich nicht
„allein darauf, daß sie das Unbillige füh-
„len, ihnen ohne einiges Verschul-
„den durch die aufgelegten Steuern einen
„Theil ihrer Besoldung abzunehmen, die
„ihnen vormals auf Grundstücke durch al-
„lerhöchste Dekrete und gesetzliche Ueber-
„gabe angewiesen wurde; sondern die al-

„Ihrmeisten unter ihnen können auch sehr
„leicht die Berechnung vorlegen, daß sie
„unvermeidlichem Verderben ausgesetzt sind.
„Sie haben nämlich keine andere Aussicht
„vor sich, wenn sie ihre wenigen Erspar-
„nisse, oder ihren noch übrigen Kredit zu-
„gesetzt haben, als neben ihrem Amte sich
„nach Almosen umzusehen.“

A n h a n g.

Allerunterthänigst

eingereichte

V o r s t e l l u n g

a n

Seine Majestät

den König von Baiern,

v o m

Professor Weber,

königlich - baierischen geistlichen Rath, und Direktor des
königlichen Lyceums zu Dillingen.

Die Besteuerung der Pfarrer betreffend.

1 8 1 0.

Alte Kunstwerke

einzelne

Vorstellung

an

84. 1. 1881

den König von Bayern

von

Professor Weber

Die Kunstwerke sind in der
Abbildung des Königs

In der Zeichnung des Königs

1. 1. 1881

*Eure Majestät
alldurchlauchtigster grofs-
mächtigster König,
allergnädigster König und Herr
Herr!*

Eure königliche Majestät geruhen
allergnädigst, dafs ich eine Vorstellung Al-
lerhöchstdenselben zu Füfsen legen darf,
die unmittelbaren Bezug auf die Gerechtig-
keit hat, und von nicht geringer Bedeutung
für den Staat Eurer königlichen Ma-
jestät zu seyn scheint.

Eure königliche Majestät bewei-
sen in Allerhöchstihrer ruhmvollen Regie-
rung überall Achtung für das Recht, und
nichts liegt Eurer königlichen Maje-

stätt so nahe am Herzen, als das Wohl Allerhöchstihres Volkes. Eure königliche Majestät gestatten daher mit königlicher Liberalität, daß jeder Staatsdiener das vor Allerhöchstihren Thron bringe, was nach seinem Ermessen etwa der Gerechtigkeit widerstreben, oder das Wohl des Staats gefährden könnte.

Diesemnach unterstehe ich mich, die Bemerkungen allerunterthänigst vorzulegen (Beylage), welche die Besteuerung der Pfarrer betreffen, die ich als Pfarrer der jüngsten Pfarrfassion angefügt habe, und welche zum Beweise dienen sollen,

daß die Pfarrer, wie die unmittelbaren Staatsdiener, als Salarirte vom Staate, aufser dem Nothfalle nicht besteuert werden können, und daß der bereits angenommene Maafsstab der Besteuerung der Pfarrer (auch für den Nothfall) den Grundsätzen des Rechtes nicht gemäfs sey.

✓ Sollten die allerunterthänigst vorgelegten Bemerkungen der Würdigung nicht

werth erfunden werden, oder in derselben nicht bestehen; so vertraue ich auf die Großmuth Eurer königlichen Majestät, daß mir wenigstens meine Freymüthigkeit nicht zur allerhöchsten Ungnade werde angerechnet werden.

Indem ich Eurer königlichen Majestät die Huldigung meiner Unterwürfigkeit darbringe, empfehle ich mich zu allerhöchsten königlichen Gnaden, und ersterbe in allertiefster Ehrfurcht

Eurer königlichen Majestät

Dillingen
den 5. März 1810.

allerunterthänigst treuehorsamster

Professor Weber,
königl. b. geistl. Rath und Director
des k. Lyceums.

A n m e r k u n g e n

zu der Dominical - Fassion der Pfarrei Demingen des
fürstlich - taxischen Patrimonial - Gerichtes Tischin-
gen im Jahre 1810.

Im Vertrauen auf die gerechte und li-
berale Denkart der königlich - baierischen
Regierung unterfähgt sich Unterzeichneter,
der neuerdings abgeforderten Dominical-
Fassion folgende Bemerkungen allerunter-
thänigst beyzufügen.

I.

Die Pfarrer haben unwidersprechlich
bedeutenden Einfluss auf die Bildung des
Volkes, und leisten dann, indem sie diese
befördern, dem Staate die erspriesslichsten
Dienste. Sie dienen dem Staate, und ha-
ben sofern Anspruch auf anständigen,
standesmäßigen Unterhalt vom Staate.

II.

Ohne anständigen, standesgemäßen Un-
terhalt, d. i. ohne solchen, der den Pfarrer
aller Nahrungssorgen enthebt, seinen lite-
rarischen Bedürfnissen steuert, und ihm
auch

auch etwas zum Wohlthun übrig läßt, kann ein Pfarrer sein Amt nicht mit Würde und Nachdruck thun — kann dem Staate nicht gehörig dienen.

III.

Der Staat hat dieses in Betreff seiner unmittelbaren Diener, der Beamten, überall im Auge, indem er die rechtlichen Ansprüche der Staatsdiener auf anständigen, standesgemäßen Unterhalt anerkennt, und ihnen denselben auch reicht.

IV.

Es läßt daher auch kein Staat geschehen, daß die Besoldungen der Staatsdiener den Einkünften der Eigenthumsbesitzer gleich gesetzt, und im Falle daß Leistungen dem Staate zu bringen sind, der Regel nach, wie diese mit Auflagen belegt werden.

V.

Die Beamten sind salarirt vom Staate, und da ist es

nicht etwa bloß Auszeichnung der Staatsdiener, die zu einer würdigen Amtsführung erforderlich ist, sondern Gerechtigkeitspflege,

daß ein Salarium, außer einem Nothfalle, nicht besteuert oder sonst mit Abgaben belastet werde.

VI.

Nun dient ein Pfarrer, wie im Eingange gesagt worden (i.), offenbar dem Staate, und zugegeben, daß sein Zehent, seine Gilt, sein Acker u. dgl. Staatsgüter sind, so ist ein Pfarrer salarirt vom Staate: alle seine Einkünfte, wels Namens sie immer sind, sind ihm in partem salarii angewiesen. Außerdem also, daß ein Pfarrer eben auch der Auszeichnung des Staates zu einer würdigen Amtsführung bedürftig ist, fordert es dieselbe Gerechtigkeit, die bei einem Staatsdiener eintritt (v.),

daß ein Salarium außer dem Nothfalle nicht besteuert oder sonst beauflagt werde.

VII.

Der Staat kannte dieses auch früher an, und die Pfarrer genossen ehevor wie die andern, die unmittelbaren Staatsdiener, der Steuerfreyheit. Die ehemalige Befreyung der Pfarrer von Steuern und anderweitigen ähnlichen Leistungen stützte sich daher nicht allein

auf eine besondere Auszeichnung des geistlichen Standes,

nicht allein auf Privilegien und Exemptionen,

sondern auf den der Gerechtigkeit ganz gemässen Grundsatz:

dass die Salarirten vom Staate nicht uneingeschränkt besteuert werden vom Staate.

VIII.

Nun werden aber die Pfarrer in regula besteuert,

jene Salarirten, welche nebst dem, dass sie dem Staate zur Förderung seiner

Zwecke die wichtigsten Dienste thun, noch die ewigen Angelegenheiten der Menschheit zu besorgen haben, werden nicht nur mit allen gewöhnlichen Abgaben, sondern noch mit Quartierlasten, Lieferungen, und nicht selten sogar erniedrigenden Leistungen belegt; während daß die andern Salarirten, die Beamten,

wie es auch rechtlicher Weise seyn soll, die volle Freyheit von Steuern, Quartieren, Lieferungen u. s. f. genießen.

IX.

Die ungleiche Behandlung der Geistlichen, die doch demselben Staate wie die Beamten dienen, fällt doch in die Augen!

X.

Das Drückendste ist noch dieses, daß die Grundlage zur Besteuerung der Geistlichen, aus einem ganz unrichtigen Gesichtspunkte aufgefaßt, und dadurch besonders

unrechtlich wird. Nämlich die jährlichen Einkünfte eines Pfarrers werden

als Zinsertrag eines Capitals angesehen,

diesem Capital wird ein solcher Capitalwerth beygelegt, welcher einem Eigenthume zukommt,

und eben dieser Capitalwerth wird als Maafsstab der Besteuerung angenommen.

Allein ein Salarirter ist kein Eigenthümer vom Grundstücke, vom Zehent und dgl. von dem er sein Salair zieht, er ist ein Nutznießer. — Ein Pfarrer hat auch nirgends die Vortheile eines Eigenthümers, er kann seinen Zehent u. dgl. nicht verpfänden, nicht darauf Geld leihen etc.

XI.

Das Eigenthumsrecht auf die Dotationen der Pfarreien hat nach den bestehenden Grundsätzen der Staat; für den Staat haben sie daher Capitalwerth, keineswegs für den Pfarrer; dieser ist lediglich auf die

Zinsen desselben, als auf sein Salair angewiesen.

XII.

Was demnach für den Pfarrer Capitalwerth hat,

sind nicht Dominical - Renten,

sondern lediglich nur seine jährlichen Einkünfte.

Fordern daher die Bedürfnisse des Staates die Besteuerung der Pfarrer: so kann rechtlicher Weise der Steuerfuß nicht an sogenannte Dominical - Renten, sondern nur an sein jährliches Salarium angesetzt werden.

XIII.

Die Leistungen, welche von den Pfarrern bereits gefordert werden in der unrichtigen Ansicht,

dafs sie Dominical - Renten besitzen, deren Grundlage dem Werthe eines Eigenthums gleichgesetzt werden dürfe,

erweisen ihre Unrechtmäßigkeit auch in ihren Folgen,

die selbst dem Staate früher oder später nachtheilig werden müssen.

Ich sehe von den Vielen ab, und erwähne nur

dafs die bisherige Besteuerungsart, wenn sie nach den aufgestellten Grundsätzen fort dauern sollte,

die Pfarrer insgesamt arm mache, und schon dadurch sie um ihr bürgerliches, zu ihrer Amtsführung unentbehrliches Ansehen bringe,

alsdann ihnen alle Mittel benehme, auch höhern Bedürfnissen als z. B. die litterarischen sind, abzuhelpen,

und für Schulen, für Nothleidende, für Kranke u. s. w. wohlthätig zu werden.

Indem ich einer königlich - baierischen
Regierung diese Bemerkungen aus reinster
Wahrheits - und Vaterlands - Liebe zur
Würdigung in tiefster Ehrfurcht vorlege,
empfehle ich mich zu allerhöchsten Gna-
den, und ersterbe in allertiefster Ehrfurcht
und Unterthänigkeit treugehorsamst

Dillingen

den 11. Februar 1810.

Professor Weber,

königl. b. geistl. Rath und Pfarrer
zu Demingen.

N a c h t r a g

z u r

unverhältnißmäßigen

B e s t e u e r u n g

d e r

katholischen Geistlichkeit

i m

Königreiche Baiern.

V o n

e i n e m L a n d p f a r r e r.

M ü n c h e n,

**bey Ign. Jos. Lentner, Buchhändler
zum schönen Thurne.**

V o r e r i n n e r u n g.

Man hätte nicht vermuthen sollen, daß zu den öffentlichen Schriften, welche über die Besteuerung der Geistlichkeit bereits erschienen sind, noch ein Nachtrag nöthig seyn könnte. Allein die Lage der Geistlichkeit in der Gegend des Verfassers schien doch noch einen Nachtrag nöthig zu machen. Hier ist er!



Mit Zuversicht glaubte die katholische Geistlichkeit hoffen zu dürfen, daß ihre gerechten Klagen und Vorstellungen bis zum königlichen Throne hindringen, und das Vaterherz des allernädigsten Königs rühren würden. Ihre Hoffnung ward auch nicht getäuscht, denn es ergieng am 19. Junius 1810 eine allerhöchste Verordnung, welche der katholischen Geistlichkeit die angenehmste Aussicht eröffnete. *) Seine königliche Majestät versprechen darinn: „solche Maafsregeln eintreten zu lassen, welche einerseits das Princip der allgemein gleichen Besteuerung nicht verletzen, andererseits aber dem ehrwür-

*) Regierungsblatt St. XXXV. S. 585.

digen Stande der Geistlichkeit jene Subsistenz sichere, auf welche derselbe in so vieler Beziehung den gerechtesten Anspruch hat.“ *)

Es wurde provisorisch verordnet:

- 1) dafs für alle Pfarreien, welche, mit Hinzuschlagung der bisher nicht besteuerten Einnahme, und mit Abrechnung von 150 fl. für jeden Hülfspriester, keinen reinen Ertrag von 600 fl. abwerfen **), und für alle Beneficien, die nicht 400 fl. tragen, die Staatsauflagen, welche auf die unter dem Ertrage begriffenen Rustical- und Domi-nical-Renten treffen, mit dem laufenden Etatsjahre (180 $\frac{2}{10}$) anfangend, aus den Rentkassen vorgeschossen werden sollen;

*) So spricht der König. Andere hingegen wissen nur von unnützen Pfaffen zu sprechen, denen es nicht schadet, wenn sie noch so hart mitgenommen werden.

**) Wie groß mag wohl die Zahl solcher Pfarreien im Altmühlkreise seyn?

2) daß die Kriegspensions- und Kommunal-Auflagen, welche auf dergleichen Pfarreien und Beneficien fallen, auf die übrigen Gemeindeglieder repartirt werden sollen, welche schuldig sind, ihre Geistlichkeit wenigstens in dieser Beziehung von einer Last zu befreyen, welche ihre Competenz schmälern würde.

Bey der Erscheinung dieser allerhöchsten Verordnung hob sich die Brust der katholischen Geistlichkeit, und sie überließ sich, wie ein Mensch, dem eine schwere Last abgenommen wird, den sanften Gefühlen des Wohlbehagens. Jetzt läßt der Druck nach, dachte jeder Geistliche, und dankte mit einem Blicke zum Himmel für diese Erleichterung. Nun fürchtete die Geistlichkeit nicht mehr, auch noch ferner so unverhältnißmäßig, wie bisher, und nach dem Brutoertrage besteuert zu werden; ja sie konnte, nach dem klaren Sinne der allerhöchsten Verordnung, die Vergütung dessen hoffen, was sie im Etatsjahre 1801²/₅, in Rücksicht

auf den reinen Ertrag schon zu viel bezahlt hatte. Alles schien die Geistlichkeit zu den frohesten Erwartungen zu berechtigen. Denn es wurden schon wirklich die Voranstalten zur Vollziehung der allerhöchsten Verordnung gemacht. Jeder Geistliche ward aufgefordert, seine Pfarreinkünfte, wovon die Fassion das Detail enthält, nochmals summarisch anzugeben, die bisher unbesteuerten Renten hinzu zu schlagen, von der ganzen Einnahms-Summe die Perceptions-Kosten und andere Reallasten abzuziehen, und so den reinen Ertrag herzustellen. Der Pfarrer zu O . . . , den man in der kleinen Schrift, zu welcher dieser Nachtrag gehört, als ein bestimmtes Beyspiel der unverhältnismäßigen Besteuerung angeführt hatte *), ward vor eine Kommission gerufen; die Aufschreibpapiere, welche derselbe seit seinem zwan-

*) Dieses Beyspiel ward nicht darum gewählt, als wäre der Pfarrer zu O . . . allein unverhältnismäßig, oder doch unverhältnismäßiger als seine Amtsbrüder, besteuert; sondern weil da die Unverhältnismäßigkeit durch die Vergleichung mit der ganzen Dorfgemeinde deutlicher in die Augen fällt.

zigjährigen Daseyn auf der Pfarre über die Pfarreinkünfte ordentlich geführt hat, wurden untersucht, mit der Fassion verglichen, und die Angaben, von einigen unwillkührlichen Rechnungsfehlern abgesehen, richtig befunden. Auch die Perceptions-Kosten und Reallasten wurden von dem Gesamtertrage *) abgezogen, und so ward der reine Ertrag der Pfarrey O . . . legal hergestellt. Das alles wiegte die Geistlichkeit in den süßen Schlummer der Hoffnung ein.

Allein gegen das Ende des Oktobers 1810 ward ein Theil derselben plötzlich aus dem süßen Schlummer aufgeschreckt, durch einen Befehl der königlichen Kreis-Finanzdirektion des Altmühlkreises an das königliche Rentamt zu N. Denn kraft dieses Befehls soll die Geistlichkeit die Hälfte des hohen Steuerprovisoriums auch für das Etatsjahr 18 $\frac{10}{11}$, wie vorhin, zahlen.

*) Die bisher unbesteuerten Renten wurden nicht dazu geschlagen, aber doch angezeigt; weil es damals noch nicht befohlen war.

Hier ist die Kopie des Befehls :

Im N. Sr. M. des K. in B.

Dem königlichen Rentamte N . . wird auf seinen Bericht vom 12. dieses eröffnet, daß mit Ausnahme der gemeinen Rustical-Steuer und des Steuerprovisorii keine von den, gegen das allgemeine Steuerprovisorium cessirenden, und in der allerhöchsten Verordnung vom 13. May 1808 (Regierungsblatt S. 1273) genannten Staatsauflagen pro $18\frac{10}{11}$ mehr erhoben wurden. Von der allgemeinen Landsteuer kann der verfallene Betrag, jedoch mit ausdrücklicher Bemerkung als Abschlags-Zahlung von dem allgemeinen Steuerprovisorio pro $18\frac{10}{11}$ erhoben werden, über welchen Gegenstand demnächst die geeignete General-Verfügung ergehen wird.

Finanz-Direktion des Altmühlkreises.

D a n n e r.

Dieser Befehl wurde von dem königlichen Rentamte zu N . . der Geistlichkeit seines Bezirks, wider die bisherige Ge-

wohnheit, durch nachstehendes Kreisschreiben bekannt gemacht, und in originali beygelegt.

C i r c u l a r e.

Nach dem in Original anliegenden gnädigsten Befehl der königlichen Finanz-Direktion des Altmühlkreises vom 18. dieses müssen sowohl die gemeine Land- als die momentane provisorische Steuer pro 18 $\frac{10}{11}$ eingehoben werden. Die Einhebung des Provisoriums geschieht, bis eine andere allgemeine Bestimmung erfolgt, ganz noch auf die vorige Art, nämlich in 2 Terminen. Zur Abführung der ersten Hälfte bestimmt man hiemit eine Zeit von 8 Tagen, innerhalb welchen dieselbe zuverlässig entrichtet werden muß.

N . . den 22. October 1810.

. . . . l.

Die Geistlichkeit las und staunte, und wufte in der ersten Bestürzung nicht, was sie denken sollte. Wer hätte auch nach der allerhöchsten Verordnung vom 19. Ju-

nus 1810 so etwas vermuthen sollen? Glauben, daß es mit dieser allerhöchsten Verordnung, welche durch die Einrückung in das Regierungsblatt die größte Publicität erhalten hatte, nicht wahrer Ernst gewesen sey, verbot der Geistlichkeit schon die Ehrfurcht gegen den feyerlichen Eingang:

*Wir Maximilian Joseph,
von Gottes Gnaden König von Baiern;*

verbot auch die Ehrfurcht gegen den Schluß:

*Aus seiner Majestät des Königs
Special - Vollmacht.*

Graf von Montgelas.

War es aber mit der allerhöchsten Verordnung wirklich Ernst, woran, ohne sich strafbar zu machen, niemand zweifeln darf, warum bleibt dieselbe ohne Wirkung? Warum fodert man auch noch für das Etatsjahr 18¹⁰/₁₁ das vorige, nach dem Bruttoertrage berechnete, Steuerprovisorium, da doch der reine Ertrag der Pfarreyen schon hergestellt, und es dadurch bekannt ist, welche Pfarreyen einen reinen Ertrag von

600 fl., welche mehr, welche weniger haben? *) Wozu nützt es der Geistlichkeit, daß man ihr erlaubte, den reinen Ertrag ihrer Pfründen, mit Abziehung ihrer Perceptions - Kosten und anderer Reallasten, herzustellen, wenn sie noch ferner nach dem Brutoertrage zahlen soll? Mir blieb der Verstand stehen.

Als die Geistlichkeit des königlichen Rentamts N . . sich von der ersten Bestürzung ein wenig erholt hatten, erkundigten sie sich bey ihren Amtsbrüdern aus angrenzenden königlichen Rentämtern des Altmühlkreises, ob auch ihnen die Zahlung des bisherigen Steuerprovisoriums schon angekündigt wäre. Diese verwunderten sich über die unerwartete Frage, und sagten, daß sie noch keinen Befehl dazu erhalten hätten. Also nur der Geistlichkeit des königlichen Rentamts N . . gilt der

*) In einem benachbarten Kreise soll das ehemalige Steuerprovisorium der Geistlichkeit bereits merklich herabgesetzt, und nach dem herabgesetzten Provisorium die Entrichtung anderer Abgaben regulirt seyn.

Befehl der königlichen Finanz-Direktion des Altmühlkreises? Nur diese muß das Steuerprovisorium auch für das Etatsjahr 18¹⁰/₁₁, wie vorhin, zahlen? Aber, wenn man fragen darf, warum denn eben nur die Geistlichkeit des Rentamts N . . ? *)

Was aber die angenehmen Hoffnungen, welche die allerhöchste Verordnung der Geistlichkeit eingeflößt hat, beynahe ganz vernichten, und den Muth derselben vollends niederschlagen muß, ist die nicht ungegründete Besorgniß, daß auch die außerordentlichen Steuern und Anlagen wiederum, wie vorhin, nach dem ganzen Steuerprovisorium regulirt, und also die Geist-

*) Man will wissen, das königliche Rentamt zu N . . habe, um gewisse Zahlungen leisten zu können, der königlichen Finanz-Direktion des Altmühlkreises den Vorschlag gemacht, sich durch Erhebung des halben Provisoriums von der Geistlichkeit Geld schaffen zu dürfen, und sey durch den oben angeführten Befehl wirklich dazu bevollmächtigt worden. Die Sage läßt sich zwar eben nicht verbürgen, erhält aber dadurch einige Wahrscheinlichkeit, daß an andere königliche Rentämter des Altmühlkreises, wenigstens so viel man bis jetzt weiß, kein solcher Befehl ergangen ist.

lichkeit noch ferner dreyfach angelegt werden möchten, da die Unterthanen nur einfach, nämlich nach einem Steuersimplum, angelegt werden; obschon die Unverhältnißmäßigkeit und Unbilligkeit davon bereits, sowohl in allerunterthänigsten Vorstellungen, als in öffentlichen Schriften *), bis zur Evidenz dargethan worden ist.

Vorzüglich aber muß diese Besorgniß die Geistlichkeit des Landrichteramts N . . beunruhigen, welche schon im Etatsjahre $180\frac{9}{10}$ zur Abzahlung einer Lieferung $\frac{5}{8}$ des hohen Steuerprovisoriums geben mußte, und, wie die Rede geht, im Etatsjahre $18\frac{10}{11}$

*) „Dürfen Stiftungen besteuert werden? Beantwortet von Dr. H. Stephani. Augsburg, in der Stageschen Buchhandlung.“

„Allerunterthänigst eingereichte Vorstellung an Se. Majestät den König von Baiern, vom Prof. Weber 1810.“

„Umständliche Bemerkungen über die Besteuerung der geistlichen und weltlichen Staatsdiener, von einem quiescirenden Beamten. Kempten 1810, in Kommission bey Dannheimer.“

„Ueber die unverhältnißmäßige Besteuerung der katholischen Geistlichkeit im Königreiche Baiern. Von einem Landpfarrer. München 1810, bey Ignatz Joseph Lentner.“

in zween Terminen wiederum jedesmal $\frac{5}{8}$ zahlen soll, ohne dann doch bestimmt zu wissen, daß die Lieferung dadurch ganz getilgt sey, und man nicht noch einmal $\frac{5}{8}$ fodern werde.

Diese Besorgniß könnte freylich wohl sehr übertrieben scheinen, weil die allerhöchste Verordnung vom 19. Junius 1810 Nr. 2. ausdrücklich befiehlt, daß bey den Pfarreyen, welche keinen reinen Ertrag von 600 fl. haben, die Kriegssperäquations- und Kommunal-Auflagen auf die übrigen Gemeindsglieder repartirt werden sollen, und weil man mit Recht erwarten kann, daß bey den übrigen Pfarreyen, welche 600 fl. reine Einkünfte, und darüber haben, nicht mehr das ehemalige, nach dem ganzen Brutoertrage berechnet, sondern das neue, dem hergestellten reinen Ertrage jeder Pfarrey angemessene Steuerprovisorium zum Maafsstabe der übrigen Abgaben und Auflagen dienen werde; und selbst dieses nicht ganz, sondern nur zum dritten Theile, um den Unterthanen, welche auch nur einfach, oder nach einem Steuer-

simplum, zahlen, nach dem Princip der allgemein gleichen Besteuerung, gleich gestellt zu werden.

Selbst ein früherer Befehl der königlichen Kreis - Finanzdirektion des Altmühlkreises sollte fähig seyn, die Besorgnis der Geistlichkeit zu heben. Denn als ein königliches Rentamt sich wegen Erhebung einiger Umlagen Verwaltungsbefehle ausbat, erhielt es folgende Weisung:

Eichstädt am 23. Septbr. 1810

*Im Namen Seiner Majestät des Königs
von Baiern etc.*

Wenn von Erhebung einer Sechszehntelsteuer, oder Umlage die Rede ist: so geht dieser Ausdruck vorzüglich nur die ehemals gefreyten Individuen und Korporationen an, während die Rustical - Steuerpflichtigen ein Achtel des Steuersimplums bezahlen müssen.

Die unterm 10. dieses anbefohlene $\frac{5}{8}$ Umlage ist daher von allen Steuerpflichtigen in der Art zu erheben, daß während

von den Rustical - Steuerbaren Objecten $\frac{5}{8}$ eines Steuersimplums erhoben werden, die dem momentanen Steuerprovisorio unterworfenen Individuen und Korporationen ein Sechzehnthheil ihres momentanen Steuerprovisoriums zu zahlen haben.

Finanz - Direktion des Altmühlkreises.

Danner.

Vitel.

Allein die Geistlichkeit ist nun einmal schon in Furcht gesetzt, und in der Furcht pflegt man immer lieber das Schlimmere zu glauben; oft nicht ganz ohne Grund, wie dieses hier der Fall seyn mag. Denn einige Geistliche fragten sich bey dem königlichen Rentamte zu N . . wegen der zu befürchtenden $\frac{5}{8}$ Umlage mündlich an, machten Meldung von dem eben angeführten Befehl der königlichen Finanzdirektion des Altmühlkreises, und äußerten nicht nur den Wunsch, sondern auch die Hoffnung, diesem Befehle gemäß behandelt zu werden. Und was für eine Antwort erhielten dieselben? Das königliche Rentamt erklärte

ganz kurz, keinen solchen Befehl zu haben, ohne auch nur den Trost beyzusetzen, daß man sich defshalb zu Eichstädt anfragen werde. Hat also die Geistlichkeit nicht Ursache, zu fürchten, man werde heuer in zwey Terminen jedesmal $\frac{5}{8}$ des momentanen Steuerprovisoriums, wie im verflossenen Etatsjahre 180 $\frac{9}{10}$, zur Bezahlung der Lieferung von ihr fodern?

Diese Lieferung, deren Abzahlung für die Geistlichkeit des königlichen Landrichteramts N . . so äußerst drückend ist, verdient hier eine eigene Stelle; weil sie ein neuer, laut sprechender Beweis ist, wie unverhältnißmässig, wie unbillig, wie so ganz gegen das deutlich ausgesprochene Princip der allgemein gleichen Besteuerung die Geistlichkeit angelegt werde.

Den 19. März 1809 schrieb das königliche Landrichteraamt zu N . . eine Naturallieferung in das Magazin nach Donauwörth aus, und alle Lieferungspflichtigen setzten sich in Bereitschaft, ihr anrepartirtes Quantum am bestimmten Tage, den 24.

März, nach Donauwörth zu schaffen. Allein zwey oder drey Tage darauf hiefs es, dafs die Partikular-Lieferungen zu unterbleiben hätten, weil die ganze Lieferung verpachtet worden wäre. Jeder Lieferungs-pflichtige konnte, ohne eben die Divinationsgabe nöthig zu haben, leicht vorhersehen, dafs er weit mehr zu zahlen bekommen werde, als ihn die Lieferung seines Quantum in natura gekostet hätte. Aber das hätte sich die Geistlichkeit nicht einmal im Traume beyfallen lassen, dafs man sie so enorm überlegen würde, als es wirklich geschehen ist. Denn man foderte von derselben im Etatsjahre 180 $\frac{9}{10}$ zum ersten Zahlungstermine $\frac{5}{8}$ des Steuerprovisoriums. Um die Enormität dieser Anlage recht fühlbar zu machen, will ich den Pfarrer zu O . . . wieder als Beyspiel anführen, woraus man auf die Amtsbrüder desselben, nach dem Verhältnisse ihres gröfsern oder kleinern Steuerprovisoriums, schliessen kann.

Der Pfarrer zu O . . . erhielt folgenden Lieferungszettel, welchen derselbe noch in Originali vorzeigen kann:

Die Pfarrey O . . . liefert künftigen
24. März in das Magazin zu Donauwörth
wegen Decimations - Steuer

Waizen	1	Metz.	3	Viert.	3	Mäflsl.
Korn	1	—	3	—	3	—
Haber	1	—	2	—	1	—
Heu	75 Pfund.					
Stroh	30	—				

Wegen Widdum - Steuer.

Waizen	1	Viert.	1	Mäflsl.
Korn	1	—	1	—
Haber	1	—		
Heu	15 Pfund.			
Stroh	6	—		

N . . , den 19. März 1809.

Königlich baierisches Landgericht.

Dem Pfarrer zu O . . . waren also,
die Decimations- und Widdums-Steuer zu-
sammen genommen, repartirt

Waizen	2	Metz.	4	Mäflsl.
Korn	2	—	4	—

Haber	1 Metz.	3 Viert.	1 Mäsl.
Heu	90 Pfund.		
Stroh	36	—	

Dafs die Dorfgemeinde von O . . . weit höher als der Pfarrer zur Natural-Lieferung angelegt war, ist gewifs; nur das eigentliche Quantum kann man, aus Mangel der Lieferungs-Zetteln, nicht bestimmt angeben. Nun höre man, wie der Pfarrer und die Gemeinde zu O . . . in Geld angelegt worden sind.

Zur Abzahlung der verpachteten Lieferung wurde im Etatsjahre 180 $\frac{9}{10}$ zum ersten Termin eine Anlage von $\frac{5}{8}$ Steuer ausgeschrieben. Da mußte nun der Pfarrer zu O . . ., welcher, laut kommissioneller Untersuchung, nicht 600 fl. reine Einkünfte hat, und doch, das Landanlehen von 100 fl. nicht mit eingerechnet, schon 134 fl. 48 kr. 2 hl. an ordentlichen und außerordentlichen Steuern in besagtem Etatsjahre, laut seines Steuerbüchleins, bezahlt hatte, noch $\frac{5}{8}$ von seinem Steuerprovisorium zu 88 fl. 38 kr., das ist, 55 fl. 23 kr. 6 hl. zahlen.

Die zur Natural - Lieferung weit höher angelegte ganze Dorfgemeinde von O . . . zahlte $\frac{5}{8}$ ihres Steuersimplums zu 87 fl. 42 kr., nämlich 54 fl. 48 kr. 6 hl.

Müßten nun, wie es zu fürchten ist, wenn nicht von der allerhöchsten Stelle, was man wünscht und hofft, Einhalt gethan wird, müßten zur Abzahlung der verpachteten Lieferung im Etatsjahre 18 $\frac{10}{11}$ von von der Geistlichkeit des königlichen Landrichteramts N . . in zwey Terminen wieder jedesmal $\frac{5}{8}$ des hohen Steuerprovisoriums, wie im Etatsjahre 180 $\frac{2}{10}$, entrichtet werden: so würde dem Pfarrer zu O . . . wenn auch weiter keine $\frac{5}{8}$ Steuer mehr nachfolgte, die Lieferung schon 166 fl. 11 kr. 2 hl. kosten; der Dorfgemeinde von O . . . aber käme dieselbe auf 163 fl. 26 kr. 2 hl. zu stehen.

Nun vergleiche man die 166 fl. 11 kr. 2 hl., welche den Pfarrer zu O . . . nach der obigen Voraussetzung, treffen würden, mit seinem vorhin angeführten Lieferungs-Zettel. Wer muß da nicht über das enor-

me Mißverhältniß zwischen den anrepar-
tirten Naturalien und der Geldanlage er-
staunen ?

Man vergleiche aber auch die Zah-
lung des Pfarrers zu O . . . mit der Zah-
lung seiner ganzen Dorfgemeinde. Die
Dorfgemeinde ist nach einem Steuersim-
plum, das ist, einfach ; der Pfarrer hinge-
gen nach dem ganzen Steuerprovisorium,
das ist, dreyfach angelegt.

Die ganze Dorfgemeinde, welche $\frac{2}{10}$
der Feldfrüchte einsammelt, eigene Häuser,
Gärten, Felder, Wiesen hat, und dieselben,
nach Belieben verpfänden, vertauschen, ver-
kaufen kann, hat 163 fl. 26 kr. 2 hl. zu
zahlen. Und der Pfarrer, welcher als De-
cimator nicht ganz $\frac{1}{10}$ der Früchte einthut*);
welcher nicht Eigenthümer, sondern nur
Nutznießer ist, und diesen Genuß als Be-
soldung, als Standes- und Amtsgehalt be-

*) Denn ein Bauer zu O . . . giebt nicht, wie die übrigen
Bauern, die zehnte, sondern erst die vierzigste Garbe.
Von Defraudationen und Bestahlungen nichts zu melden.

zieht, der Pfarrer allein soll 166 fl. 11 kr. 2 hl. zahlen! Ist diese Vertheilung der Lasten verhältnißmässig? ist sie billig? ist sie gerecht? ist sie nach dem Princip der allgemein gleichen Besteuerung regulirt? Kann man es der Geistlichkeit verdenken, daß sie laut schreyt, wenn man dieselbe so unsanft tritt?

Möchte dieser Nachtrag vermögend seyn, überall jene Aufmerksamkeit zu finden oder zu erregen, welche die Veranlassung dazu verdient! Möchte derselbe dazu beytragen, daß die Geistlichkeit zum wirklichen Genusse der Wohlthaten gelange, welche der allergnädigste König durch die allerhöchste Verordnung vom 19. Junius 1810 diesem ehrwürdigen Stande zugedacht hat! Möchte dieser Nachtrag alle weitere Nachträge überflüssig machen!!!

Die Frage ist nicht die, ob die Verfassung der
Mächte gerecht ist, sondern ob sie es sein soll.
Ist die Verfassung gerecht? Ist sie billig?
Ist sie vernünftig? Ist sie nützlich?
Ist sie dauerhaft? Ist sie weisend?
Ist sie glücklich?
Ist sie heilsam?
Ist sie schön?
Ist sie edel?
Ist sie großartig?
Ist sie herrlich?
Ist sie glorreich?
Ist sie mächtig?
Ist sie feige?
Ist sie dumm?
Ist sie klug?
Ist sie gerecht?
Ist sie ungerecht?
Ist sie billig?
Ist sie unbillig?
Ist sie vernünftig?
Ist sie unvernünftig?
Ist sie nützlich?
Ist sie unnützlich?
Ist sie dauerhaft?
Ist sie undauernhaft?
Ist sie weisend?
Ist sie unwisend?
Ist sie glücklich?
Ist sie unglücklich?
Ist sie heilsam?
Ist sie schädlich?
Ist sie schön?
Ist sie hässlich?
Ist sie edel?
Ist sie gemein?
Ist sie großartig?
Ist sie kleinlich?
Ist sie herrlich?
Ist sie elendig?
Ist sie glorreich?
Ist sie beschämend?
Ist sie mächtig?
Ist sie schwach?
Ist sie feige?
Ist sie tapfer?
Ist sie dumm?
Ist sie klug?
Ist sie gerecht?
Ist sie ungerecht?
Ist sie billig?
Ist sie unbillig?
Ist sie vernünftig?
Ist sie unvernünftig?
Ist sie nützlich?
Ist sie unnützlich?
Ist sie dauerhaft?
Ist sie undauernhaft?

A n h a n g.

A n s i c h t e n
über die
B e s t e u e r u n g
der
S e e l s o r g e r.

V o n

Friedrich Freyherrn von Strauß
in Aschaffenburg.

A n h a n g.

A n s i c h t e n

B e s t e n d e n d e

S e e l s o r g e n

V o n

Friedrich Freyherr von Saur

in Aschaffenburg.

Gleichheit der Lasten — keine Steuer-Exemtionen! Auch eins von den grossen Worten unsers Jahrhunderts; auch eins von den Zeichen der Zeit, und vielleicht noch eine der wohlthätigsten Folgen jener grossen europäischen Staaten- und Gemütherumwandlung, welche die französische Revolution begonnen, und Napoleons Genius nun beynahe vollendet hat! — Da indessen jede Regel gewisse Ausnahmen leidet, und manchmal sogar Ausnahmen fordert, so drängt sich auch bey williger Anerkennung des Grundsatzes die unbefangene Frage auf, ob die Anwendung desselben unbedingt, und namentlich auch auf die Seelsorger passend sey? Von jeher hat man über diesen Punkt verschieden gedacht. Eine Zusammenstellung der ältern

und neuern Ansichten der Sache mag am sichersten zur Wahrheit führen. Aus den beyden Fragen: Wie war es vormals? und Wie ist es jetzt? ergiebt sich von selbst die dritte: Wie sollte es seyn?

Wie war es vormals?

In den ältesten Zeiten, als die christliche Religion noch nicht die herrschende war, waren die Geistlichen und also auch die Pfarrer, gleich den übrigen Einwohnern des Staats allen Steuern und Auflagen ohne Unterschied unterworfen. Jeder fromme Christ weiß aus seinem Evangelium, daß der erhabene Stifter unserer Religion selbst gesagt hat: „Gebet dem Kaiser was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist.“ *) Nun war aber damals jeder Kopf — des Kaisers, d. h. jeder mußte nach der Volkszählung sein Kopfgeld entrichten. Personalsteuern waren damals wo nicht die einzigen, doch die vorzüglichsten Hilfs-

*) Matth. XX. 21.

mittel des Staatsbedürfnisses *) und ließen schon ihrem Wesen nach nicht leicht Steuerbefreytungen zu. Christliche Priester konnten sich um so weniger von dieser Verbindlichkeit lossagen, da sie keinen eigenen Stand bildeten, und ihre Religion lange noch ein Gegenstand des allgemeinen Hasses und der grausamsten Verfolgung war.

Konstantin I. oder der Groſe fand es zuerst seinem Interesse und seiner Ueberzeugung gemäſs, nachdem er sich öffentlich zum christlichen Glauben bekannt hatte, diesen Glauben auf alle Weise zu heben. Die christliche Religion wurde Staatsreligion. Neue Kirchen erhoben sich in kaiserlicher Pracht, durch kaiserliche Freygebigkeit gegründet. Ueberall wurden den Dienern des Gottesdienstes gewisse äußere Auszeichnungen, und selbst auch neue Pri-

*) Selbst die unter Vespasian eingeführte, unter dem Namen Vectigal urinae bekannte Steuer, und die des Anastasius pro aëris hausta waren im Grunde nur indirecte Kopfsteuern.

vilegien ertheilt. So erhielten sie Befreyungen von verschiedenen persönlichen Lasten, von Vormundschaften, Staatsämtern, Einquartierungen, Proviantfuhren für die Armee, Straßen und Brückenarbeit, damit sie sich ganz und ohne andere Zerstreuung der Ausübung ihrer Religionspflichten widmen könnten. *)

Von ihren Gütern mußten sie zwar dem Regenten, nach wie vor, Abgaben geben. **) Wo aber diese Güter kaum noch zum Unterhalte des Gottesdienstes und des Clerus hinreichten, wie dieß in Italien fast überall der Fall war, da wurden auch diese von neuen Auflagen befreyt. ***)

*) L. 14. 16. 24. Cod. Theod. de Episc. et Cleric. (16, 2.)
L. 2. 6. Cod. Just. eod. (1, 3.)

**) „Agri Ecclesiae solvunt tributum c. 51. 9. 1. C. 27. --
„id maxime juste convenire, ut praeterea juga et professionem, quae ad Ecclesiam pertinent, ad universa munia sustinenda, translationesque faciendas, omnes Clerici debeant ad tineri.“ L. 15. Cod. Th. de Episc. et Cler. (16, 2.)

***) „Et vos et mancipia vestra nullis novis collationibus obligavit.“ Cod. Theod. L. 8. de Episc. et Cler. (16,

Diefs ist die erste Spur einer Steuer-Municität der Geistlichen, die aber weder allgemein noch unwiderruflich war, indem die folgenden Imperatoren diese Privilegien oft merklich eingeschränkt, oft ganz zurückgenommen, abgeschafft und wieder von neuem ertheilt haben. *) Selbst der orthodoxe Kaiser Justinian war keineswegs geneigt, durch die Verleihung von Steuerprivilegien die Lasten der übrigen Unterthanen zu vermehren, wie er in der 43. Novelle ausdrücklich sagt. **) Die alten Privilegien des Anastasius bestätigte er zwar ***), aber bey der neuen Dotation der Karthaginensischen Kirche behielt er sich ausdrücklich die Steuerbarkeit vor ****), und selbst von den Beiträgen zur Strassen- und Brük-

2.) -- *praeter ecclesias, catholicas -- nemo praecipuus emolumentis familiaris invetur substantiae*, L. I. C. Th. de Ann. et trib. (11, 1.)

*) Tot. tit. Cod. Just. de Annon. et trib. (10, 16.) u. 2. Thl. tit. de S. S. Eccl. 1, 2.

**) *Neque enim sustinemus aliorum onus ad alios deferri*. Nov. 43. Cap. I. §. 1. seq.

***) *Eod. pr.*

****) *Salva tributorum solutione*. Nov. 37. (unglöss.)

kenarbeit wollte er die Geistlichen nicht befreyt wissen. *)

Allmählig, besonders unter den fränkischen Königen gewann die Immunität der Geistlichen durch einzelne Begünstigungen eine grössere Ausdehnung. Im 7. Jahrhundert fing schon hie und da ein Bischof an, sie fodern zu wollen, und die frommen Könige wurden immer freygebiger. Anfangs war es nur der Mansus, d. h. der Strich Landes, welcher zunächst die Kirche umgab, der Befreyung erhielt. In der Folge gab man dem Worte „Mansus“ eine weitere Bedeutung, und alle Kirchen, alle, geistlichen Personen gehörige Güter, wurden so nach und nach von Abgaben frey, je mehr das Ansehen und die Macht des Clerus im Occidente stieg.

Was Freygebigkeit und Nachsicht der Regenten stillschweigend zum Gewohnheits-

*) Nov. 131. C. 5. Man vergleiche damit die frühern Verordnungen von Gratian L. 7. Cod. Just. de oper. publ. (8, 12.) Honorius L. 7. C. de S. S. Eccl. (1, 2.) Theodos. II. L. 11. L. cod.

rechte gestempelt hatte, heiligte nun noch das Anathema, welches das Lateranensische Concilium im Jahre 1779 (unter Pabst Alexander III.) gegen alle Besteuerung geistlicher Personen und Güter aussprach. *) Doch scheint dieses nicht so wirksam gewesen zu seyn, als man von der damaligen Zeit erwarten durfte, weil 40 Jahre später Kaiser Friederich II. für nöthig fand, den geistlichen Bann durch die weltliche Acht zu unterstützen **), und Bonifaz VIII. 1296 abermals ein kräftiges ***) Memento mori ergehen lassen mußte.

*) C. 3. X. de immun. eccles. (III, 49.)

**) Item nulla potestas vel persona publica vel privata, collectas s. exactiones, angarias vel parangarias, ecclesiis vel aliis piis locis aut ecclesiasticis personis imponere . . . praesumant; Quodsi fecerint et requisiti ab ecclesia vel imperio emendare contemserint, triplum refundant, et nihilominus hanno imperiali subiaceant; quod absque satisfactione debita nullatenus remittatur. Const. Frider. II. de anno 1220.

***) Laici ecclesiae praelatis, ecclesiis, ecclesiasticisque, personis . . . imponunt onera gravia ipsoque talliant, et eis collectas imponunt, ab ipsis suorum proventuum vel bonorum dimidiam, decimam vel vigesimam portionem exigunt; nos igitur talibus iniquis actionibus obviare

Gehäufte Staatsbedürfnisse bewirkten aber bald eine Veränderung in dem so wohl befestigten Grundsatz. Manches erlangte der Regent durch Bitten, wo Gesetz und Verfassung ihn hinderte zu fordern. Als die freywilligen Beyträge der Geistlichen nicht mehr ergiebig waren, verfiel man auf andere Auswege. Man liefs ihnen die Immunität, die man ihnen nicht nehmen konnte, aber nur für ihre eigene Güter, und behielt sich das Recht vor, ihre Bauern zu besteuern. Diefs war schon eine wichtige Einschränkung, die sich die

volentes, statuimus, quod quicumque praelati, ecclesiasticaeque personae - - collectas vel tallios - - laicis solverint vel promiserint absque auctoritate sedis; nec non imperatores, reges, principes, duces, comites - - qui talia imposuerint, exegerint vel receperint - - nec non omnes, qui scienter dederint in praedictis auxilium, concilium vel favorem publice vel occulte, eo ipso sententiam excommunicationis incurrant. - - A supra dictis excommunicationis et interdicti sententiis nullus absolvi valeat, praeterquam in mortis articulo absque sedis auctoritate; cum nostrae intentionis existat, tam horrendum secularium potestatum abusum nullatenus sub dissimulatione transire. C. 3. pr. et §. 1. de immun. ecclesiae in 6. (III, 23.)

Geistlichkeit aber willig gefallen liefs, weil auch der Adel es zugegeben hatte, der sich in gleichem Falle befand. Man sorgte nun, dafs solche an Bauern verliehene Güter, nicht wieder in die Hände der Steuerfreyen zurückfallen konnten, oder doch nicht anders, als mit Uebertragung ihrer Steuerbarkeit. Manche lehrten schon öffentlich, in Zeiten allgemeiner Noth dürfe sich niemand den Staatslasten entziehen. Man trug bald kein Bedenken mehr, zu den Reichs- und Kreisbedürfnissen, zu den Kriegs- und Türkensteuern die Geistlichkeit mit beyzuziehen *), und zuletzt, als die Noth immer drückender, wenigstens die Staatsschulden immer gröfser geworden waren, als der hohe Nimbus vom päpstlichen Stuhle verschwunden, als Deutschland durch innern Zwist die Grundgesetze seiner eigenen Verfassung untergrub, als

*) Reichsabschied von 1543. §. 24. Reichsabschied von 1548. §. 95. „Dafs derowegen eine jede Obrigkeit „Macht haben soll, ihre Unterthanen, geistlich und „weltlich, mit Steuer zu belogen.“ Wiederholt und bestätigt in mehrern der folgenden Reichsschlüssen.

die letzte Achtung für althergebrachte Vorzüge durch schwärmerische Ideen von Freiheit und Gleichheit wo nicht vernichtet, doch sehr geschwächt ward, als die Auflösung des deutschen Reichs in neugeschaffene Bundesstaaten jedem Souverän freyen Spielraum liefs, wie er die Verfassung modeln wollte, (das wenige ausgenommen, worüber man in der Bundesakte vom 12. Juli 1806 sich vereinigt hatte) — da schwand der Unterschied immer mehr und mehr.

Wie ist es nun?

Die Immunität des Clerus existirt nicht mehr in den rheinischen Bundesstaaten, zum mindesten nicht als Grundsatz — nicht als unabänderliche Ausnahme. Was von geistlichen Gütern der Säkularisation entgieng, ist der Besteuerung nicht entgangen. Doch hat man in vielen deutschen Staaten in Ansehung der Seelsorger eine ehrenvolle Ausnahme gemacht. Was die rheinischen Bundesfürsten in ihren Ländern hierüber angeordnet haben, folgt

hier Auszugsweise in chronologischer Ordnung:

*Großherzoglich Hessisches Steuerregulativ
vom 31. Dezember 1808.*

„In Absicht der Versteuerung der den Geistlichen und Schullehrern in den neuen Souveränitätslanden zur Besoldung hingeggebenen Steuerobjekte ist höchsten Orts noch besonders verfügt worden:

3) Diejenigen, den Geistlichen und Schullehrern zur Besoldung hingeggebenen Steuerobjekte, wovon sonstige Institute oder Korporationen, ferner die Standes- und Gerichtsherrn oder Privaten die Eigenthümer, oder in Absicht derselben die Besoldenden sind, werden vor der Hand von diesen sonstigen Instituten, Korporationen, Standes- und Gerichtsherrn und Privatis nicht versteuert — sondern die Versteuerung dieser Objekte übernimmt, bis auf weitere Verordnung, der Staat.

4) Eben so übernimmt der Staat bis auf weitere Verordnung die Versteuerung

solcher, den Geistlichen und Schullehrern zur Besoldung hingegebenen Steuerobjekte, wovon es bisher zweifelhaft war, wer davon der Eigenthümer und in Absicht derselben der Besoldende sey.“ *)

*Herzoglich Nassauische Verordnung
vom 14. Februar 1809.*

§. 9. „Unsere Staatsdiener und Pensionäre aller Klassen sollen hiernach die Grundsteuer für Liegenschaften, die sie als Theile ihrer Besoldungen oder Pensionen zu beziehen haben, zu entrichten haben.

§. 58. Aktive Staats-, d. i. Hof- sowohl als auch geistliche, Civil- und nicht zum Feldetat gehörige Militärdiener, Quiescenten und Pensionärs von allen Klassen, desgleichen Standes- und Grundherrliche und andere Privatdiener, welche nicht in die Klasse der Dienstboten gerechnet werden — sind mit der Hälfte ihres, einschliesslich der Utilien und Dienstemolu-

*) Darmstädter Zeitung den 5. Januar 1809. Nr. 1.

menten, anzuschlagenden wahren Gehalts oder Pensionen in die Gewerbsschatzung zu legen.“ *)

*Königlich Württembergische Erklärung
vom 25. November 1809.*

„Die Besteuerung der Besoldungsgüter und Gefälle der Geistlichen soll nur bey den Pfarrern der Fall seyn, wo solche über 500 fl. jährlich einbringen, wogegen bey den übrigen von der Besteuerung zu abstrahiren ist.“

*Sachsen-Coburg-Saalfeldsche Verordnung
vom 11. Dezember 1809.*

§. 3. „Wir nehmen ferner von der allgemeinen Besteuerung aus:

c) Kirchen, Pfarr- und Schulwohnungen, so wie die als Besoldungsstücke den

*) Ohngeachtet dieses Patent auch die Geistlichen der Steuer unterwirft, so hat doch die Regierung die Curat-Geistlichen bisher noch ganz frey gelassen.

inländischen geistlichen Staatsdienern angewiesenen Grundstücke und nutzbare Rechte. *)

Großherzoglich Würzburgische Verordnung vom 18. Dezember 1809.

„Dafs Pfarrer, Benefiziaten und Schullehrer von ihren bisher steuerfrey gewesenen Pfarrey- und Dienstgründen auch fernerhin bis auf weitere Weisung keine Steuer zu zahlen schuldig seyen.“ **)

Großherzoglich Badisches Vermögens- und Einkommenssteuer - Patent 1808.

§. 3. „Jedoch sollen Apanagen, Deputate, Pensionen und Besoldungen — bey der Berechnung des jährlich mit dieser Steuer zu belegenden Einkommens nur mit der Hälfte ihres Ertrags angesetzt werden. — §. 9. Amtsgehülfen, weltliche oder geistliche, die einen Diener halten müssen,

*) Winkopp rheinischer Bund. 1810, Heft 43.

**) Würzburger Regierungsblatt 1810, Nr. 1.

dürfen mit ihren jährlichen Kosten von dem Besoldungsertrage abgezogen werden.“

*Fürstlich Primatisches (Großherzoglich
Frankfurtisches) Steuerreglement für das
Fürstenthum Aschaffenburg vom 29.
Juli 1809.*

1) „Die bisherige Freyheit der Schatzung in ordinario von Häusern, Gütern etc. Waldungen, Zehnten, Zinsen, Gülten, Erbpächten und überhaupt von allen Realgerechtsamen wird hiermit aufgehoben, so, daß keine Schatzungsfreyheit in ordinario künftig besteht, sondern alle und jede der oben genannten Artikel des Immobiliare und der Realgerechtigkeiten, mit Einbegriff Unserer eigenen Domänen, der Schatzung ganz gleich unterworfen ist.“ *)

*Königlich Baierisches Edikt vom 19.
Juni 1810.*

„Um indess dermal die Geistlichkeit nicht im Genusse desjenigen zu verkürzen,

*) Winkopp rheinischer Bund, Heft 35.

was ursprünglich zu ihrer Dotation bestimmt war, und zu ihrem Bedarf kaum hinreicht, verordnen Se. Majestät hiemit provisorisch wie folgt:

- 1) Für alle Pfarreyen, welche nach den vorliegenden rektifizirten Fassionen mit Hinzuschlagung der bisher nicht besteuerten Einnahme und mit Abrechnung von 150 fl. für jeden Hüfspriester keinen reinen Ertrag von 600 fl. abwerfen, und für alle Benefizien die nicht 400 ertragen, sind die Staatsauflagen, welche auf die unter dem Ertrage begriffenen Rustikal- und Dominikalrenten treffen, mit dem laufenden Etatsjahre anfangend, aus den Rentamtskassen vorzuschiefsen, und mit den übrigen Steuern in Einnahme, zugleich aber als Vorschufs zur Dotationsergänzung der Geistlichen wieder in Ausgabe zu stellen.
- 2) Kriegspersäquationen und Kommunikalaufgaben, welche auf dergleichen Pfarreyen und Benefizien fallen, sind auf die übrigen Gemeindsglieder zu re-

partiren, welche schuldig sind, ihre Geistlichen wenigstens in dieser Beziehung von einer Last zu befreyen, welche ihre Kompetenz schmälern würde.“ *)

Nun noch als Resultat die dritte Frage :

Wie könnte und sollte es seyn?

Privilegien sind immer zunächst nach ihrer Entstehung zu beurtheilen, so auch das Steuerprivilegium der Geistlichkeit; denn in der Entstehung ist der Zweck, und im Zwecke meist schon das Rechtfertigungs- oder Verdammungs-Urtheil des Ganzen enthalten, und wenn gleich nur die Folgezeit die Vorzüge oder Nachtheile eines Privilegiums bewahren muß, so liegt doch schon im ersten Keime der Sache auch der Keim des Guten und Bösen, welches daraus entspringen kann.

Die Steuerimmunität der Geistlichen,

*) Königl. baierisches Regierungsblatt Nr. 35.

und besonders der Pfarrer, hatte in ihrem ersten Beginnen bekanntlich eine doppelte Bestimmung — theils Unterstützung armer Kirchen, da, wo das Kirchengut nur kümmerlich zu ihren Bedürfnissen hinreichte — theils bey reichern Kirchen um durch den Glanz der zeitlichen Güter dem Ansehen der Religionsdiener eine Folie zu geben, und ihren wohlthätigen Einfluß auf das rohe Volk zu verstärken. Wenn jenes nicht mehr als gerecht, und folglich nothwendig war, zu einer Zeit (unter Constantin und seinen Nachfolgern), wo noch die heidnische eifersüchtige Sinnesart des Volks und der Zustand des Reichs den Regenten nicht erlaubte, den christlichen Kultus auf andere Art durch Dotationen und Schenkungen etc. kräftig zu unterstützen; so war dieses desto mehr der Staatsklugheit und dem Interesse der fränkischen Regenten angemessen, welche in der christlichen Religion die erste Stütze ihrer Macht, und in den Geistlichen die eifrigsten Beförderer ihrer edlen Zwecke zur Aufklärung und Civilisirung der rohen Völker fanden, und die sie für ihre unzähligen gefahrvollen

Bemühungen auf keine Weise genug belohnen konnten.

In diesen engen Schranken blieb es aber nicht. Was nur örtliche Befreyung war, wurde allgemeiner Grundsatz, wodurch eine Menge Lasten ganz unnöthiger und unverdienter Weise einer Klasse abgenommen, und (da der Staat sie nun einmal nicht entbehren konnte) eben so unverdienter Weise einer andern Klasse aufgebürdet wurde, die nun ohne Ursache doppelt gedrückt war. Justinians goldene Worte *) waren vergessen; vergessen, daß in Steuersachen wie vor dem Richterstuhle Gleichheit das höchste Gesetz, daß eine verhältnißmäßige Theilnahme an den Lasten des Staats allgemeine Pflicht jedes Staatsbürgers sey. Das kanonische Recht hat zwar, auf den frommen Glauben un-

*) An vero non multo absurdissimum fuerit, homines propriis laborantes manibus et uxores et liberos alentes, et reliqua vitae necessaria acquirere satagentes etiamnum majoribus onerare vectigalibus et quanto plures inter alleviatos referuntur, tanto etiam majores exinde laesiones aboriri? Nov. 43. C. 1. §. 2.

serer Väter hin, die Religionsdiener davon freygesprochen, aber doch nur in Ansehung der damals unbeträchtlichen ordinären Steuern; denn in außerordentlichen Fällen erlaubt selbst dieses, ganz zu Gunsten der Geistlichkeit geschaffene Gesetzbuch die Wegnahme des entbehrlichen Kirchensilbers. *) Seitdem sind die außerordentlichen Fälle so zu den gewöhnlichen geworden, die Ereignisse der zwey verflossenen Jahrzehende haben den geistlichen Wirkungskreis so sehr dem weltlichen untergeordnet, daß mehrere deutsche Fürsten auf die allgemeine Stimmung und die Regeln des Rechts gestützt, sich bewogen gefunden haben, die von ihren Vorfahren ertheilten Privilegien wieder zurückzunehmen: und es ziemt demnach den Geistlichen vorzüglich, ihrem Fürsten und dem Gesetze gehorsam zu seyn. **)

*) Aurum Ecclesia habet, non ut servet, sed ut eroget et subveniet in necessitatibus, C. 12. q. 2. C. 70.

**) Id eo enim et tributa praestatis; enim Dei sunt in hoc ipsum servientes. Reddite ergo omnibus debita, cui tributum, tributum; cui vectigal, vectigal; cui timorem, timorem; cui honorem, honorem. Paulus ad Romanos XIII.

Unterdessen, so wenig der Mißbrauch zu entschuldigen ist, der vom 11. Jahrhundert an in die Immunitätsertheilungen sich einschlich, so ist es doch nicht minder wahr, daß die Geistlichen in Rücksicht auf Besteuerung nicht ganz auf dieselbe Stufe mit den übrigen Staatsbürgern gestellt werden können. Abgesehen von der hohen Achtung, welche man einem Stande schuldig ist, dessen ganzes Streben auf die sittliche Bildung des Menschengeschlechts, als den Grund des individuellen wie des allgemeinen Wohls, gerichtet ist, und welches allein schon eine Ausnahme entschuldigen könnte, (besonders wenn der edle Zweck auch im Geiste der ersten Kirche immer erfüllt würde), so treten bey den Geistlichen, und besonders bey den Pfarrern, noch andere Umstände ein, welche den Gesichtspunkt verändern. Sie sind nicht bloß Gutsbesitzer, nicht bloß Privatleute, sondern mit öffentlichen Würden bekleidete, vom Staate aufgestellte und besoldete Religionsdiener. Als Staatsbürger sind sie freylich verpflichtet, mit ihrem Eigenthume und ihren Gütern zu den Lasten des Staats zu konkur-

riren ; aber als Staats - und Religionsdiener gebührt ihnen eine ihrem Amte angemessene Besoldung, die nach Umständen auch in Gütern bestehen kann, und gewöhnlich besteht. Diese Güter mit Auflagen beschweren, hiefse: einen Abzug von der Besoldung machen, und dazu können doch nur ausserordentliche Fälle berechtigen. Wie man auch immer die Besoldungen betrachten mag, ob als einen bedungenen Dienstlohn, oder als eine freywillige Gegenleistung des Staats für erhaltene Dienste, oder als Entschädigung für die, dem allgemeinen Besten geopfert Zeit u. s. w., gleichviel — jeder Arbeiter ist seines Lohnes werth. Jeder Dienst erfordert eine Gegenvergeltung von Seiten desjenigen, dem er geleistet worden ist, sie bestehe in was sie wolle. Besoldungen gehören daher eben so sehr zu den nothwendigen Ausgaben des Staats, eben so gewifs zu den Staatsbedürfnissen, als die Ausgaben für den Krieg, Polizey u. s. w. jedoch immer in der Voraussetzung, daß sie dem geleisteten Dienste entsprechend, und nicht bedeutender sind, als sie den Umständen nach seyn sollten. — Angenom-

men, daß ein vollkommen gerechtes Verhältniß zwischen Dienst und Besoldung obwalte, so ist eine Besoldungssteuer ein wahrer Widerspruch. Auf der einen Seite ist durch das Besoldungsdekret die Besoldungssumme als nothwendige Ausgabe vom Staate anerkannt, und auf der andern Seite wird durch die Steuer wieder ein Theil davon als überflüssig abgezogen und zu andern Ausgaben verwendet. Wie kann man aber Abzüge von den Staatsbedürfnissen zum Behuf des Staatsbedürfnisses machen?

Existirt hingegen ein Mißverhältniß, ist die Besoldung wirklich größer, als sie seyn sollte, so bleibt eine Besoldungssteuer immer ein sehrwe itläufiges und unzureichendes Mittel, ein gerechtes Verhältniß wieder herzustellen.

Was von den Besoldungen im Allgemeinen gilt, muß eben so von den Besoldungsgütern der Pfarrer gelten. Sie zu besteuern wäre an und für sich ungerecht und hart: denn, wo die Besoldung angemessen ist, da kann der Staat nichts weiter davon abziehen, wenn der Pfarrer nicht

zuletzt verarmen, und dadurch sein Amt und sein Ansehen herabgewürdigt werden soll. *) Das Fehlende kann zwar auch durch einen Geldzuschuß am Gehalte aus dem Kammerbeutel wieder ersetzt werden, wenn die Regierung durchaus auf dem Grundsätze der unbedingten Steuerbarkeit alles Grund und Bodens bestehen sollte. Das hiefse aber die Manipulationen ohne Noth vervielfältigen, mit der einen Hand nehmen und mit der andern zurückgeben, und mögte auch um deswillen bedenklich seyn, weil in den meisten deutschen Staaten die Kassen sich nun einmal selten in dem Falle befinden, solche Zuschüsse zu thun. *Beati possidentes!*

*) Auch tritt hierbei noch zuweilen der Umstand ein, daß bei Stiftung der Pfarrei durch Privatgüter die Steuern schon abgelöst wurden, weil die geistlichen Behörden ehemals durchaus auf Steuerfreiheit der geistlichen Güter bestanden. Diese Ablösung geschah zuweilen durch Uebergabe eines Kapitals an die Kammer, welches so viel Zinsen abwarf, als die jährlichen Steuern betrugen, oder die Gemeinde übernahm diese Steuern, und reparirte sie durch Erhöhung ihrer andern Steuern. Hier würden also solche Pfarrgüter doppelt angelegt.

Von einem Rechte der Besteuerung kann also nur in soferne die Rede seyn, als wirklich ein Uebermaafs des Zeitlichen vorhanden ist *) und man von dem gehässigen Säkularisationsrechte keinen Gebrauch machen will. **) Wie weit alsdann eine solche Besteuerung gehen dürfe, oder mit andern Worten, wie hoch die Besoldung eines Pfarrers sich belaufen müsse — das Maximum und Minimum — hängt von Zeit, Ort und Umständen ab. Wenigstens dürfte das Minimum von 500 fl., was im Württembergischen festgesetzt ist, nicht allenthalben anwendbar seyn. Der Pfarrer muß auf jeden Fall noch so viel übrig behalten, daß er nicht nur davon leben, sondern auch anständig davon leben kann; denn so will es das göttliche Recht: „der

*) Gönner deutsches Staatsrecht, §. 415. X.

**) In jenen Staaten, wo, wie z. B. in Baiern, in der Konstitution selbst die Erhaltung der geistlichen Güter zu ihrem Zwecke ausschliesslich und für immer festgesetzt ist, kann schon von sogenannter Säkularisirung dieser, dem Kirchenzwecke ewig dedizirter, in der Kategorie der Privatgüter stehenden Besitzungen die Rede nicht mehr seyn.

„Priester muß vom Altar leben, und er
„muß umgeben seyn mit dem Glanze, den
„sein heiliges Amt erfordert.“ *) Er muß
auch gar oft dringende Nöthen seiner Pfarr-
kinder steuern, dazu wird er durch tausend
Gelegenheiten seiner Amtsverrichtungen auf-
gefordert, wo er, wenn er auch wollte, sein
Herz dem Andrang des Jammers nicht ein-
mal verschließen kann, weil entweder das
Gefühl des Mitleidens, oder manchmal auch
der Amtsehre und der Pflicht ihn, wohl-
thätig, sogar gegen Unverdiente zu seyn,
auffordert. Der Pfarrer bedarf wirklich
mehr, als gerade zur Erhaltung seiner Per-
son nöthig wäre.

*) „Une seule obligation relative aux choses temporelles
est imposée par le droit divin, c'est que les prêtres vi-
vent de l'autel, et soient environnés de la considération
nécessaire à leur saint ministère.“ Rede des Ministers
Montalivet den 12. Dezember 1809.

Neuhauser, Franz Anton,

Über die unverhältnismäßige Besteuerung der katholischen Geistlichkeit im
Königreiche Bayern Nebst Nachtrag

München 1810

Bavar. 334

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10371397-9